

Schlesinger, Helmut

Article — Digitized Version

Inflations Sorgen in der BRD

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schlesinger, Helmut (1973) : Inflations Sorgen in der BRD, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 7, pp. 355-356

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134563>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Inflationssorgen in der BRD



Interview mit Herrn Dr. Helmut Schlesinger, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank.

Herr Dr. Schlesinger, die Preissteigerungsraten haben nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den anderen westlichen Industrienationen ein sehr hohes Niveau erreicht. Welches sind Ihrer Meinung nach die Hauptgründe für die internationale Inflation?

Natürlich hat die Inflation in den einzelnen Ländern jeweils eine spezifische nationale Komponente. Wenn man aber nach einer gemeinsamen Ursache für die Entwicklung der Preistendenzen in der gesamten Welt fragt, dann muß man sie nach meinem Dafürhalten in erster Linie im monetären Bereich suchen. Dabei zeigt sich, daß in den letzten Jahren die internationale Liquidität und damit die monetäre Basis auch für die Ausweitung der nationalen Liquidität stark zugenommen hat. Allein das Defizit der Vereinigten Staaten trug 1971 in einer Größenordnung von mehr als 30 Mrd. \$ zur Ausweitung der internationalen Liquidität bei. 1972 verringerte sich das US-Defizit um mehr als die Hälfte, aber es war immer noch zu groß. Auf der Basis der daraus resultierenden Geldzuflüsse war es für die meisten Länder außerhalb der Vereinigten Staaten außerordentlich schwer, eine Geldpolitik im Sinne einer Stabilisierung

des Geldwertes zu betreiben; jedenfalls solange sie an feste Wechselkurse gebunden waren.

Wird es Ihrer Meinung nach leichter sein, das weltweite Inflationsproblem nach einer Reform des internationalen Währungssystems zu lösen?

Das müßte an sich das Ziel einer Reform des Weltwährungssystems sein. Aber in der Zwischenzeit – und niemand weiß, wie lang diese Zwischenzeit zu veranschlagen ist – bedarf es anderer Lösungen, um den Inflationsmechanismus, wie wir ihn bis März 1973 beobachten konnten, möglichst zu unterbinden.

Das gemeinsame Floaten einer Reihe von europäischen Ländern ist einer der Schritte, um sich von der Weltinflation abzuhängen. Die Einführung strikter Kapitalverkehrskontrollen in den einzelnen Ländern, auch in der Bundesrepublik, ist ein weiterer Schritt, der dazu beiträgt, daß die einzelnen Länder eine stärker an ihren eigenen Bedürfnissen orientierte Stabilisierungspolitik betreiben können.

Sehen Sie noch weitere Möglichkeiten?

Von der Seite der internationalen Währungspolitik her nicht. Hier stellt sich eben die große

Aufgabe einer Reform des Weltwährungssystems – genauer gesagt, das Hinüberleiten der gegenwärtigen Situation eines schwer definierbaren Gebildes von internationalen Währungsbeziehungen in ein System, das wirklich wieder diesen Namen verdient.

Sie erwähnten die spezifischen nationalen Komponenten, die zu der Inflation in den einzelnen Ländern beitragen. Welches ist die spezifische Komponente in der Bundesrepublik?

Die Bundesrepublik ist für inflatorische Tendenzen sowohl im güterwirtschaftlichen wie auch im monetären Bereich außerordentlich anfällig. Realwirtschaftlich deshalb, weil sich die Bundesrepublik seit Jahren an der Grenze der Ausschöpfung ihrer Produktionskapazitäten befindet, nicht zuletzt wegen des Rückganges des inländischen Angebotes an Arbeitskräften. Monetär betrachtet ist die Bundesrepublik deshalb in einer besonders schwierigen Lage, weil die D-Mark aufgrund der Entwicklung in der Vergangenheit seit Jahren sozusagen als eine Hilfsreservewährung angesehen wird; aus diesem Grunde ist der Drang anderer Länder zum Erwerb von DM-Werten in der Bundesrepublik außerordentlich groß. Von dieser Seite her re-

sultieren die besonderen Schwierigkeiten einer stabilitätsorientierten Geld- und Fiskalpolitik in der Bundesrepublik.

In der letzten Zeit sind besonders starke Bemühungen von seiten der Bundesregierung und der Bundesbank unternommen worden, um die Stabilität in der Bundesrepublik wenigstens teilweise zu erreichen. Wie würden Sie diese stabilitätspolitischen Bemühungen beurteilen?

Ich glaube, daß uns das „policy mix“, das wir gegenwärtig in der Bundesrepublik praktizieren – eine restriktive Geldpolitik auf der einen Seite und ein umfangreiches fiskalpolitisches Stabilitätsprogramm auf der anderen Seite –, die Chance gibt, die bisherige Beschleunigungstendenz der Preise zu beenden und eine Wende in der Weise herbeizuführen, daß nach einiger Zeit wieder eine Verlangsamung des Preisanstiegs eintritt. Voraussetzung ist allerdings nach meinem Dafürhalten, daß die Stabilitätsbemühungen relativ lange Zeit, und zwar in sehr restriktiver Weise, fortgeführt werden.

Würden Sie den Kritikern zustimmen, die sagen, daß das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung insofern unausgewogen ist, daß die Investitionen – vor allem wenn man noch die Bundesbankpolitik hinzunimmt – sehr einseitig im Vergleich zum Verbrauch betroffen worden sind?

Ich glaube, im Prinzip kann man diesem Einwand nicht widersprechen. Die Maßnahmen, die getroffen worden sind, betreffen den privaten Verbrauch unmittelbar nur geringfügig. Man muß aber wohl dazu sagen, daß im Grunde jede Art von Konjunkturpolitik in erster Linie bei den Investitionen anzusetzen hat, da sie ein besonders dynamisches Element in einem konjunkturellen Aufschwung darstellen.

Trotz der bisherigen restriktiven Geldpolitik scheint die Kreditaufnahmefähigkeit der inländischen Unternehmen nicht geschmälert worden zu sein. Kann die Hochzinspolitik der Bundesbank noch verschärft werden?

Nun, das Wort Hochzinspolitik bedarf vielleicht einer gewissen Qualifizierung. Es ist zwar richtig, daß das Zinsniveau in der Bundesrepublik noch nie so hoch war wie heute, aber es ist auch richtig, daß der inflationäre Trend noch nie so ausgeprägt war wie in der Gegenwart. Vergleichen wir beides, so ist es nicht einmal ganz sicher, ob das gegenwärtige Zinsniveau ausreicht, um in den Überlegungen der Investoren wirklich schon als eine Bremse angesehen zu werden, bzw. ob es wirklich zu einer Umkehr in den Investitionsplanungen bei den Unternehmungen beiträgt. Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß sich das Zinsniveau in der Bundesrepublik noch weiter erhöht.

Ich möchte auf den Ausgangspunkt Ihrer Frage zurückkommen und sagen, daß die Kreditaufnahmefähigkeit der inländischen Unternehmen im Augenblick zwar noch ungeschwächt erscheint. Man muß aber hinzufügen, daß die Kreditaufnahmen von heute auf die Investitionsplanungen von gestern zurückgehen. Wir können deshalb eine Wirkung der Kreditpolitik in dieser Hinsicht erst nach einiger Zeit erwarten, nämlich dann, wenn die heutigen Änderungen in den Investitionsplanungen in einiger Zeit zu Änderungen bei der Kreditnachfrage führen.

Eine binnenpolitische Stabilitätspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie außenwirtschaftlich abgesichert ist. Welche Möglichkeiten zur Dämpfung der Auslandsnachfrage bleiben der nationalen Wirtschaftspolitik im Rahmen der EG?

Ich kann Ihre erste Feststellung voll und ganz unterstreichen: Binnenwirtschaftliche Stabilitätspolitik erfordert eine außenwirtschaftliche Absicherung. Die außenwirtschaftliche Absicherung kann natürlich im Rahmen der wachsenden europäischen Integration auch auf monetärem Gebiet m. E. nur gemeinsam erfolgen. Das gegenwärtige gemeinsame Floaten einer Reihe von Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist eine solche Abschirmungsmaßnahme. Ebenso sind die gemeinsamen – wenn auch mit unterschiedlichen Methoden praktizierten – Kapitalverkehrskontrollen eine solche Maßnahme.

Ich bin deshalb – auch nach der erneuten DM-Aufwertung – zuversichtlich, daß wir innerhalb der EG zu einer besseren Harmonisierung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik kommen werden. Die Harmonisierung sowohl der konjunkturellen Entwicklung als auch der darauf basierenden konjunkturpolitischen Entscheidungen ist innerhalb des Kerns der EG, also der alten EWG-Länder – mit Ausnahme vielleicht von Italien –, nach meinem Dafürhalten schon weiter fortgeschritten, als manchmal angenommen wird. Auch gehen die Zielvorstellungen keineswegs mehr so weit auseinander, wie das vielleicht noch vor einigen Jahren der Fall gewesen ist – ganz abgesehen davon, daß die Entwicklung selbst im Hinblick auf die Inflationsraten in den einzelnen Ländern keine nennenswerten Differenzen mehr aufweist. Leider Gottes, muß man sagen, verläuft die Preisentwicklung in der Bundesrepublik seit Jahren parallel mit der in Frankreich und in anderen wichtigen Nachbarländern, mit denen wir eng verflochten sind. Wir haben also insofern eine Harmonisierung der Entwicklung, und wir haben auch erhebliche Ansätze zur Harmonisierung der Politik.